

**E-Mail von Markus Ferber, EU-Parlamentarier (CSU), an die Unterzeichner/innen des Compact-Appells „Vielfalt statt Monokulturen“:
Di. 12.3. 16:00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die von Ihnen übermittelte Petition zur Abstimmung über die Gemeinsame Agrarpolitik. Gern gehe ich auf einige der von Ihnen genannten Punkte ein.

Ich stimme vollkommen mit Ihnen darin überein, dass die Hauptaufgabe der Landwirtschaft die Versorgung der Gesellschaft mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln ist. Dies sollte selbstverständlich so nachhaltig wie möglich geschehen - dies ist auch für die Akzeptanz der Agrarpolitik in Europa unabdingbar. Ich glaube jedoch, dass die Vorschläge des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments dieses Ziel eher erfüllen können als die von Agrarkommissar Ciolos.

So hat sich das Europäische Parlament beispielsweise für eine bessere Anrechenbarkeit von Agrarumweltmaßnahmen ausgesprochen. Diese wäre im ursprünglichen Kommissionsvorschlag zu kurz gekommen, sodass Landwirte, die bisher schon in Form von Agrarumweltmaßnahmen Leistungen für die Umwelt erbracht hätten, nicht profitiert hätten. Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat sich für eine stärkere Anreizorientierung stark gemacht, die am Ende zu mehr Beteiligung und auch mehr Ökologisierung führen wird.

Darüber halte ich beim Greening ein stufenweises Vorgehen bei der Ausweisung von ökologischen Vorrangflächen, wie es der AGRI vorschlägt, für den besseren Weg. Der Kommissionsvorschlag hätte mit einer direkten Anhebung auf 7% viele Landwirte vor große Herausforderungen gestellt, was für die Akzeptanz der GAP alles andere als zuträglich gewesen wäre. Angesichts der enormen Unterschiede in der europäischen Landwirtschaft halte ich auch den vom AGRI gewählten regionalen Ansatz (etwa beim Dauergrünlanderhaltungsgebot) für den sachgerechteren Ansatz.

Ich glaube, dass wir mit den Beschlüssen des Agrarausschusses alles in allem gerade kleinen und mittleren Betrieben gestärkt haben. Dies zeigt sich auch daran, dass mit den Berichtsentwurf des Agrarausschusses insbesondere Jung- und Kleinbauern gestärkt würden. Dies ist im Interesse einer starken bäuerlichen Landwirtschaft als Rückgrat des ländlichen Raums.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Markus Ferber

Mitglied des Europäischen Parlaments
Vorsitzender der CSU in Schwaben
Vorsitzender der CSU Europagruppe

**Unsere Antwort auf Ferbers E-Mail:
Di. 21.3. 20:30 Uhr**

Sehr geehrter Herr Ferber,

wir danken Ihnen für Ihre Antwort. Gewiss wäre an den Vorschlägen der EU-Kommission einiges zu verbessern. Der Agrarausschuss hat sich nach unserer Einschätzung allerdings mit wenigen Ausnahmen ausschließlich der

Verwässerung und Verkomplizierung des Kommissionsvorschlags gewidmet. Er droht damit die Weichen für mehr Umweltzerstörung und weiteres Bauernsterben sowohl in Deutschland und Bayern als auch in jenen Mitgliedsländern zu stellen, in denen die Zahl der Bauernhöfe noch in Millionen gezählt wird.

Auf das erste Anliegen unseres Appells gehen Sie leider gar nicht ein: Bitte stimmen Sie für eine ordentliche Fruchtfolge wie sie von Generationen von Landwirten zum Wohle des Boden eingehalten wurde - als Mindestanforderung nachhaltiger Landwirtschaft.

Nicht erwähnt haben Sie leider auch die lange Reihe von Ausnahmen und angeblich gleichwertigen nationalen Programmen, um die der Ausschuss die Reduzierung der ohnehin bereits niedrig angesetzten ökologischen Vorrangflächen ergänzen will. Die Stufen, von denen Sie sprechen, führen sogar möglicherweise nach unten, falls die Vorschläge des Ausschusses durchkommen, die Liste der gesetzlichen Umweltvorschriften drastisch zusammenzustreichen, die im Rahmen der Cross Compliance eingehalten werden müssen.

Umweltmaßnahmen anzurechnen ist richtig. Sie jedoch sowohl im Rahmen der ersten Säule als auch im Rahmen der ländlichen Entwicklung zweimal zu bezahlen ist aus Sicht von uns Steuerzahlerinnen und -zahlern allerdings nicht akzeptabel.

Eine "Anreizorientierung", wie Sie es nennen, die gegen die Preisvorteile von Monokulturen für Biogas und Viehfutter beim gegenwärtigen Preis- und Subventionsniveau konkurriert, kann und sollte sich die öffentliche Hand nicht leisten. Wer öffentliche Mittel in Anspruch nimmt und öffentliche Güter wie Artenvielfalt, Boden, Wasser und Luft und deren Qualität verwaltet, sollte sich auch ohne zusätzliche Anreize umweltgerecht verhalten. Dies gilt auch für den Erhalt von Dauergrünland, bei dem aus unserer Sicht zunächst die Eigenverantwortung der Landwirte im Vordergrund stehen sollte.

Sehr geehrter Herr Ferber, Sie stehen bei der Abstimmung morgen vor einer erstmaligen und weitreichenden Richtungsentscheidung des Europäischen Parlaments. Bitte werden Sie Ihrer Verantwortung für alle SteuerzahlerInnen und alle Generationen, die davon betroffen sind, gerecht.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Bautz
Vorstand Campact e.V.